

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. - **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10 Gelp. Kolonelle 35 Bfg., bei Platzvorschrift 40 Bfg. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Bfg. Familiennachrichten von Privaten die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachlab. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate p. ausm.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Bfg. bei Platzvorschr. 50 Bfg., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Raubzug des Bürgerblocks

Umsatzsteuer- und Zollvorlage werden im Reichstag durchgepeitscht

Unter dem Diktat Hugenberg's

Von unserem Redaktionsmitglied wird uns aus Berlin geschrieben:

Das Kabinett der „führenden“ Männer und sein „auf-eiserner“ Kanzler Dr. Brüning haben sich dem Diktat Hugenberg's unterworfen. Nebenher wurden die Wünsche der Wirtschaftspartei mit erfüllt. Erhöhte Umsatzsteuer der Konsumvereine und ein in der deutschen Geschichte bisher nie dagewesener Zollraubzug auf die Taschen der breiten Massen, das ist das Fazit des Kabinetts Dr. Brüning, des Hindenburg-Kabinetts, in der ersten Woche seiner Existenz. Der „starke“ Zentrumskanzler hat vor Hugenberg kapituliert. Jetzt ist das von den Deutschnationalen geforderte Junktum zwischen Steuer- und Zollwucher hergestellt. Der ungeheuerliche Anschlag auf die breiten Massen soll, nach den neuesten Plänen, bereits kommenden Montag Gesetzeskraft erlangen.

Noch am Donnerstag erklärte das Kabinett, daß erst die Steuerentwürfe zu bewilligen seien, bevor an die Zollerhöhungen gedacht werden könnte. Dann aber haben sich Brüning und die Mittelparteien überlistet lassen. Die Deutschnationalen hatten zur Vorlage über die Mineralölsteuer einen Änderungsantrag eingebracht, in dem die Schiele'schen Zollpläne eingestrichelt worden waren. Damit waren Zollerhöhungen und Steuerentwürfe in eine Ebene gebracht. Zuletzt kapitulierte das Kabinett der „Führer“ und legte seinerseits dem Reichstage die Zollvorlagen des Landbundes vor. Der Gesetzesentwurf über die Benzinbesteuerung stand als erster auf der Tagesordnung der gestrigen Plenarsitzung. Dazu naturgemäß die Änderungsanträge der Deutschnationalen. So entstand die Gefahr, daß die Zollpläne durch einen glatten Ueberfall behandelt und beschlossen worden wären. Dagegen wandte sich die sozialdemokratische Fraktion mit allen Kräften, sie erreichte aber nur, daß die Benzinsteuervorlage mit den Zolländerungsvorschlägen der Deutschnationalen an das Ende der Tagesordnung gerückt wurden. Für die Behandlung der Zollvorlagen wurde ferner eine weitere Stunde Redezeit zugestanden. Die Abstimmungen über die Steuerentwürfe wurden auf Sonnabendmittag angelegt und die Zollpläne Dr. Schiele's wurden, gemeinsam mit den Anträgen der Deutschnationalen, zunächst dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen, der sie über Nacht durchberaten soll. Am Montag sollen sodann alle Vorlagen in dritter Lesung verabschiedet werden.

Die Zollanschlüsse des Kabinetts bringen, neben der Neuregelung der Schweine- und Getreidezölle, der Neuregelung des Einfuhrschleissystems, der Beseitigung der Gefrierfleisch-einfuhr und Duhend anderer Venderungen nicht weniger als die Erhöhung von 32 weiteren agrarischen Zollpositionen. Und nicht nur das. Die Regierungsvorlage geht selbst über die Anträge der Hugenbergfraktion noch weit hinaus. Dies ergibt sich aus folgender Darstellung, die der Vorwärts brachte:

	Deutschnationaler Zollantrag	Regierungsvorlage
Misch, entkeimt, sterilisiert usw.	5.- Mk.	8,50 Mk.
Stärke, grün oder trocken, auch gemahlen, in Aufmachung für den Kleinverkauf	24.- Mk.	20.- Mk.
Peilwurzelmehl, Sago und Sagomehl, Graupen und Grieß aus Kartoffeln	40.- Mk.	45.- Mk.

Durch diese Pläne wird der Raubzug aus dem Jahre 1925 noch weit in den Schatten gestellt. Damals wurde noch wochenlang um die Wucherzölle gekämpft. Jetzt diktieren die Deutschnationalen, daß ohne Zölle keine Steuern zu haben sind und Dr. Brüning, der Zentrumskanzler, unterwarf sich bedingungslos.

Nicht weniger schamlos ist der Anschlag, der gegen die Konsumvereine gerichtet wird. Infolge der Widerstände von Seiten der Bayerischen Volkspartei gegen die geplanten Biersteuererhöhungen und unter dem Druck der Wirtschaftspartei wurde die Erhöhung der Umsatzsteuer kurzerhand in die Venderungen zum Biersteuergesetz eingefügt und ebenfalls ohne jede erste Lesung sollte dieser weitere Anschlag auf die Taschen der breiten Massen im Handumdrehen mit bewilligt werden. Aber auch damit noch nicht genug. Der Erhöhung der Umsatzsteuersätze ist die neue Warenhaussteuer angefügt, durch die in erster Linie die Konsumvereine getroffen werden sollen. Die Umsatzsteuer wird erhöht von 0,75 auf 0,85 Prozent. Dazu kommt der Sonderzuschlag für Konsumvereine, soweit ihr Umsatz mehr als 1 Million Mark beträgt, um weitere 0,50 Prozent, so daß nunmehr die Konsumvereine mit insgesamt 1,35 Prozent belastet werden. Alles in allem wird dadurch den Konsumvereinen, nach den Zahlen des Zentralverbandes, die Genosse Herz dem Reichstag unterbreitete, eine weitere Last von 13 Millionen Mark auferlegt. Für die Konsumvereine des

Zentralverbandes ergibt sich damit - wieder nach dem vorgenannten Quellenmaterial - nicht mehr und nicht weniger, als der gleiche Betrag, der bisher aus dem Gewinn an die Mitglieder zurückvergütet worden ist. Selbstverständlich steigern die kleinen Krämer ihre Preise nach den Erhöhungen, die die Konsumvereine werden vornehmen müssen. Die Folge ist ein allgemeines Steigen des Preisniveaus.

Die Mehrheit für diese Raubpläne gibt nunmehr als sichergestellt. Die Bayerische Volkspartei hat eine neue Staffellung der Biersteuer durchgedrückt, so daß praktisch die Erhöhung etwa 45 Prozent, an Stelle der geplanten 75 Prozent, betragen wird. Trotz Senkung der Sätze auf diesen Stand wird der bayerischen Regierung aus den Steuererträgen der Biersteuer der gleiche Betrag zugestanden, der ihr zufallen sollte, wenn die Erhöhung auf 75 Prozent beschlossen worden wäre. Neben den ungeheuerlichen Neubelastungen der breiten Massen also eine weitere Sondersubvention an den bayerischen Staat. Ein Raubzug also, wie er bisher nicht dagewesen ist.

Und die Industrie steht - von einigen Protesten abgesehen - Gewehr bei Fuß. Der sonst so außerordentlich geschwähigste Hansabund schweigt betreten. Die Volkspartei läßt im Reichstage keinen Ton verlauten, denn sie wird ihre Rechnung nach Ostern präsentieren. Bereits im Dezember forderten die Industriellen die Erhöhung ihrer Zölle. Nach Ostern wird demzufolge mit neuen Vorschlägen zu rechnen sein. Die Agrarier sind lediglich die Schrittmacher der Großindustrie. Mit den Raubzöllen auf die wichtigsten Nahrungsmittel haben die Mittelparteien die Hilfe Hugenberg's erkaufte! Der Raubzug wird ohne Zuhilfenahme von 8 1/2 durchgeföhrt. Jetzt half die Industrie dem Landbund. In wenigen Wochen wird der Landbund den Industriellen helfen. Das alles zu Lasten der breiten Massen.

Deutschnationale Demagogie

SPD Berlin, 12. April.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Freitag im Reichstag ein Gesetz betreffend Zahlungsausschub für gefährdete landwirtschaftliche Betriebe eingebracht. Die Demagogie dieses Antrags ergibt sich aus einem Kommentar der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“, die zu dem deutschnationalen Nachwort schreibt: „Das wichtige Problem dieses Antrags bedarf naturgemäß sorgsamster Durchprüfung. Gegen ein allgemeines Moratorium haben unseres Wissens bei Vespreschungen in den letzten Tagen maßgebende Fachmänner auf dem Gebiet des ländlichen Kreditwesens ernste Bedenken geäußert.“

Der See-Rüstungspakt

Vor dem Ende in London

SPD London, 11. April.

Die Flottenkonferenz geht ihrem Schlußakt entgegen. Der Juristenausschuss zur Abfassung des Vertragsentwurfes ist bereits mit Unterstützung eines Komitees von Marinesachverständigen eifrig bei der Arbeit. Am Montag sollen in öffentlicher Plenarsitzung die Berichte des Hauptauschusses über gewisse Detailfragen entgegengenommen werden.

Am Donnerstag wird der Vertrag voraussichtlich in feierlicher Weise unterzeichnet werden.

Spanische Neuwahlen Ende 1930

SPD Madrid, 12. April.

Die spanische Regierung hat am Freitag beschlossen, die Neuwahlen zum Parlament im letzten Vierteljahr 1930 stattfinden zu lassen. - Der bekannte spanische Schriftsteller Unamuno hat am Freitag seine Vorlesungen an der Universität Salamanca wieder aufgenommen.

Sozialdemokraten müssen raus!

SPD Weimar, 11. April.

Der eigentliche Schöpfer der Thüringischen Berufsschule, Oberregierungsrat Jacoby, ist auf Veranlassung des Fischfischen Fried in den Wartezustand versetzt worden. Jacoby mußte aus dem Volksbildungsministerium ausscheiden, weil er Sozialdemokrat war.

Brüning droht wieder einmal

Er will auflösen, wenn ...

SPD Berlin, 12. April.

Brüning droht wieder einmal. Er hat am Freitagabend in einer Kabinettsitzung beschließen lassen, daß die Agrargesetze nur dann in Kraft treten, wenn auch die Deckungsvorlagen angenommen werden. Die hinter der Regierung stehenden Fraktionen werden deshalb in der heutigen Sitzung des Reichstags zu dem Benzin- und Benzolgesetz einen neuen Paragraphen la beantragen, in dem bestimmt ist, daß die mit diesem Gesetz verbundenen agrarpolitischen Anträge, auch wenn sie in erster Abstimmung angenommen werden sollten, nur dann Gesetzeskraft erlangen, wenn auch die übrigen Vorlagen des Deckungsprogramms eine Mehrheit erhalten. Durch diesen Antrag will man die Deutschnationalen vor die klare Entscheidung darüber stellen, ob sie unter Zustimmung zu den Steuerentwürfen auch den agrarpolitischen Anträgen zu einer Mehrheit verhelfen wollen oder nicht. Fügen sie sich dem Druck des Herrn Brüning nicht, so daß diese ewig drohende und bisher nur von Drohungen lebende Reichsregierung bei der Abstimmung in der Minderheit bleibt, dann soll noch heute die Auflösung des Reichstags erfolgen.

Wenn Brüning droht, darf Herr Luther, der gegenwärtige Reichsbankpräsident, mindestens mit einigen Mahnungen nicht fehlen. Also hat er an den Reichsfinanzminister ein Schreiben gerichtet, in dem er seiner Sorge über die Verzögerung der Steuer-gesetze Ausdruck gibt. Er soll in seinem Brief insbesondere darauf hinweisen, daß die Rückzahlung der kurzfristigen Kredite gefährdet sei.

Der Vorwärts schreibt: „Die Regierung Brüning, sagt man, will heute den Reichstag auflösen - ganz schnell, bevor sie sich selber auflöst. Es ist nicht nur die reaktionärste Regierung, es ist auch die unmöglichste. Keine Junge kann sagen, keine Feder kann schreiben, was der Unglückskanzler Brüning binnen vierzehn Tagen an Ruddleimudel angerichtet hat. Er kam, um zu führen, aber seine Regierungsparteien spielen mit ihm Blindfuß. Je kleiner sie sind, desto mauziger machen sie sich, und allen muß er es recht tun. Dazu kommen dann noch die Deutschnationalen, ohne deren Stütze das Kabinett auf parlamentarischen Boden keinen Schritt tun kann. Um sie zu fördern, hat man den Speckzoll nebst allen anderen Delikatessen breit hingelegt. Man schämt sich nicht, zu erklären, daß der Landbund die Zölle, die er will, nur dann bekommt, wenn die Deutschnationalen der Regierung die Steuern, die sie will, bewilligen. Damit gibt man zynisch zu, daß der neue Agrarzoll nicht das Resultat sachlicher Erwägungen, sondern bloßes Tauschobjekt eines Handelsgeschäftes zwischen den Parteien ist.“

Formulierung der Ergebnisse

WTB London, 11. April.

Die Führer der Delegationen zur Seemächtekonferenz sind heute vormittag im St. James-Palast zusammengetreten, um den Vertrag, der der Vollziehung der Konferenz unterbreitet werden soll, zu formulieren. Entsprechend dem Verlauf der Konferenzarbeiten werden einige Bestimmungen dieses Vertrages von allen fünf Mächten, die anderen, die das eigentliche Dreimächteabkommen über die Tonnagebegrenzung bis zum Jahre 1936 enthalten, nur von England, Amerika und Japan unterzeichnet werden.

Der Inhalt des Paktes

WTB Paris, 11. April.

Ueber den Inhalt des Paktes, der in London als Abschluß der Seerüstungskonferenz zustandekommen wird, berichten die Sonderberichterstatter der Pariser Presse, daß er aus drei Teilen bestehen wird. Nach dem „Zeit Parisis“ wird der Teil I aus einer ganzen Reihe von kleinen Sonderabkommen zusammengefaßt sein. Diese Abkommen werden betreffen:

1. die Methoden zur Beschränkung der Rüstungen, wodurch es der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf ermöglicht werden soll, ihre Bemühungen, eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen zustandezubringen, fortzusetzen;
2. die humanere Führung des Unterseebootkrieges;
3. die Höchsttonnage und Höchstbesetzung der Unterseeboote;
4. die Definition der Schiffe, die keiner Beschränkung unterliegen;
5. die Verwendung der Schiffe, die die Altersgrenze überschritten haben;
6. die Flugzeugmutterschiffe von weniger als 10 000 Tonnen,

Lesehefte 837